

Nicholas Omonuk Okoit

KONZERNE ZUR VERANT- WORTUNG ZIEHEN

BAUSTEINE FÜR
KLIMA
REPARATIONEN

BAUSTEINE FÜR KLIMAREPARATIONEN



BEVORSTEHENDE VERÖFFENTLICHUNGEN:

- Klimafinanzierung,
- Postwachstum & Dekolonialisierung
- Wie man sich (nicht) entschuldigt

Alle Factsheets zum kostenlosen Download unter www.knoe.org/bfkr

IMPRESSUM

Herausgegeben von
Konzeptwerk Neue Ökonomie
Klingenstr. 22, 04229 Leipzig
www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

Februar 2026

Autor
Nicholas Omonuk

Lektorat & Korrektorat
Emily Pickerell, Carolina Hoffmann, Kai Kuhnhenn

Zusammenarbeit und Unterstützung
Carolina Hoffmann

Gestaltung
Luzz Kohnen

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Weitere Informationen: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

4	Klimareparationen auf einen Blick	21	Vom Shareholder zum Stakeholder Value: Demokratisierung der Unternehmensmacht
8	Die Pipeline und der Prophet	22	Von freiwilligen zu verbindlichen Verpflichtungen
9	Die Geographie der Ungerechtigkeit	23	Von der nationalen zur transnationalen Justiz
10	Die Architektur der Zerstörung	24	Wer schadet der haftet. Polluters have to pay!
12	Deutschlands halbherzige Versuche, Menschenrechte zu gewährleisten	28	Es geht um eine Grundsatzentscheidung
16	Ein Weg nach vorn - der Kampf für Gerechtigkeit	29	Die Brücke, die wir bauen
18	Werkzeuge der Zivilgesellschaft	30	Eine neue Zeit bricht an
20	Die fehlende Institution: Ein UN-Gerichtshof für Wirtschaft und Menschenrechte	32	Stimmen, Bewegungen und Kampagnen, die vorangehen
		34	Glossar
		36	Endnoten

KLIMAREPARATIONEN AUF EINEN BLICK

WARUM BRAUCHEN WIR KLIMAREPARATIONEN?

**Die Klimakatastrophe ist zutiefst ungerecht.
Weder betrifft sie alle gleichermaßen,
noch haben alle gleich viel zu ihr beigetragen.**

- Auf der einen Seite stehen diejenigen, die historisch und strukturell für sie verantwortlich sind: Länder, Unternehmen und Einzelpersonen, die von treibhausgasintensiver Produktion, Konsum und Wirtschaftswachstum profitiert haben und weiterhin profitieren. Deutschland beispielsweise ist für rund 3 % der weltweiten historischen Emissionen¹ verantwortlich, obwohl es weniger als 1 % der Weltbevölkerung ausmacht. Es hat durch jahrhundertlange Industrialisierung und koloniale Ausbeutung immensen Reichtum und technologische Kapazitäten aufgebaut und verfügt über die finanziellen Mittel, um sich an die Folgen der Klimakatastrophe anzupassen.
- Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die die Hauptlast der Krise tragen: Gemeinschaften, Länder und Ökosysteme im Globalen Süden. Kamerun beispielsweise hat nur etwa 0,2 % der globalen historischen Emissionen² verursacht, ist jedoch mit verheerenden Auswirkungen konfrontiert: Überschwemmungen, Dürren, der Verlust von Lebensgrundlagen und Biodiversität. Gleichzeitig fehlen die Ressourcen, um sich daran anzupassen oder davon erholen zu können.



Wenn wir über Klimareparationen sprechen, ist es wichtig zu erkennen, dass die Ungerechtigkeit nicht auf ungleiche Emissionen beschränkt ist. Der Wohlstand, die Stabilität und der hohe Lebensstandard Deutschlands sind untrennbar mit der historischen und anhaltenden Ausbeutung von Ländern wie Kamerun¹ verbunden – durch Kolonialismus, Rohstoffabbau, unfaire Handelsbeziehungen und neokoloniale Wirtschaftsstrukturen. Die aus den Kolonialgebieten gewonnenen Rohstoffe, Arbeitskräfte und Ressourcen haben direkt zur Industrialisierung und zum Wohlstand Europas beigetragen, während die ehemals kolonialisierten Nationen strukturell benachteiligt, verschuldet und abhängig blieben.

Die Anfälligkeit Kameruns für die Klimakatastrophe ist daher nicht nur das Ergebnis natürlicher Gegebenheiten. Sie ist das Ergebnis historisch gewachsener Ungleichheiten – das Ergebnis jahrhundertelanger Enteignung, Ressourcenausbeutung und bewusster Unterentwicklung. Dieselben Systeme, die die Katastrophe verursacht haben, bestimmen auch weiterhin, wer darunter leidet und wer davon profitiert.

5

Die Grenze zwischen denjenigen, die unter der Klimakatastrophe leiden, verläuft nicht nur zwischen reichen und armen Ländern. Sie verläuft auch innerhalb von Gesellschaften, entlang von Klassenunterschieden, Geschlechterhierarchien, rassistischen Strukturen und anderen sich überschneidenden Formen der Unterdrückung. Marginalisierte Gruppen – darunter Frauen, indigene Völker, Schwarze und andere rassistisch diskriminierte Gemeinschaften, Menschen mit Behinderungen und Haushalte mit niedrigem Einkommen – sind oft sowohl am wenigsten für Emissionen verantwortlich als auch am stärksten den Klimaschäden ausgesetzt.

1 In diesem Fall besteht sogar eine direkte Verbindung, da Kamerun früher eine deutsche Kolonie war. Weitere Informationen über die Beziehungen zwischen den beiden Ländern unter dem Gesichtspunkt der Klimagerechtigkeit finden sich unter:

www.knoe.org/was-deutschland-kamerun-schuldet

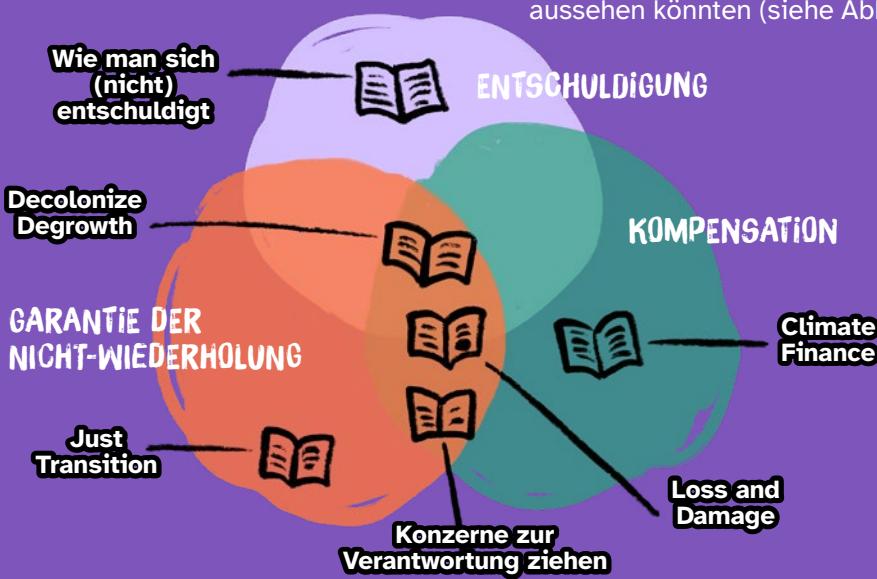
BAUSTEINE FÜR KLIMAREPERATIONEN

- Klimareparationen sind daher weder Wohltätigkeit noch Hilfe, sondern
- notwendig, um weitere Ungerechtigkeit zu verhindern und die Übernahme von Verantwortlichkeit und Wiedergutmachung sicherzustellen - durch die Umverteilung von Ressourcen, Macht und Entscheidungsgewalt an die am stärksten Betroffenen,
 - ein Instrument, um die Ursachen der Krise anzugehen – historische Verantwortung, strukturelle Ungleichheit und systemische Ausbeutung
 - das Kernstück von Klima- und globaler Gerechtigkeit und Voraussetzung für einen Heilungsprozess der Beziehungsweisen zwischen dem Globalen Süden und Norden.

6

Laut Maxine Burkett³ müssen Klimareparationen mindestens drei Kernelemente umfassen: eine Entschuldigung, eine Entschädigung und eine Garantie der Nichtwiederholung. Durch eine Entschuldigung wird der verursachte Schaden anerkannt und Verantwortung dafür übernommen. Eine Entschädigung – sei es in Form von Geld oder anderen materiellen Wiedergutmachungsleistungen – verleiht dieser Anerkennung Gewicht. Die Garantie der Nichtwiederholung, vielleicht das transformativste Element, verpflichtet die Täter*innen zu strukturellen Veränderungen, die eine Fortsetzung oder Wiederholung der Ungerechtigkeit verhindern.

Um diese Elemente zu konkretisieren, haben wir sechs Bausteine für Klimareparationen identifiziert, die verdeutlichen, wie diese in der Praxis in Deutschland und darüber hinaus aussehen könnten (siehe Abbildung).



ÜBER DAS PROJEKT

Mit Blick auf die deutsche Klima-Zivilgesellschaft sind wir der Meinung, dass Klimareparationen das fehlende Bindeglied für ein umfassendes Verständnis von Klimagerechtigkeit sind. Trotz des wachsenden Bewusstseins für den Zusammenhang zwischen Klimakatastrophe, Kolonialismus und Rassismus ist das Konzept der Klimareparationen nach wie vor wenig erforscht und wird oft missverstanden. Ein wichtiger Grund dafür ist der Mangel an zugänglichen Materialien zu diesem Thema – insbesondere im deutschsprachigen Raum.

Mit unserem Projekt „Bausteine für Klimareparationen“ wollen wir diese Lücke schließen – indem wir leicht zugängliches, fundiertes Wissen bereitstellen, das Klimareparationen mit Gerechtigkeit, Verantwortung und systemischem Wandel verknüpft.

ÜBER DIESES FACTSHEET

Dieses Factsheet erklärt die Straflosigkeit von Unternehmen als mangelnde Rechenschaftspflicht für Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen und zeigt, wie schwache Gesetze und Machtungleichgewichte solche Missstände ermöglichen. Es hebt die Relevanz von Aktivist*innen, NGOS und der Zivilgesellschaft hervor, die unternehmerische Macht in Frage stellen und Gerechtigkeit einfordern. verfasst wurde das Factsheet von Nicholas Omonuk Okoit, einem ugandischen Klimaaktivisten und Kolumnisten sowie Gründer von End Fossil Occupy Uganda, einer Bewegung, die sich für den Ausstieg aus fossilen Energien und eine gerechte Energiewende in Afrika einsetzt. Er hat einen Abschluss in Landökonomie von der Kyambogo University und ist regelmäßig an internationalen Klimakonferenzen beteiligt.

7



DIE PIPELINE UND DER PROPHET

Buliisa, Uganda, 2018. Im blutorangefarbenem Sonnenuntergang steht ein Ältester vom Stamm der Banyoro auf dem Land, das seinen Vorfahren seit Jahrhunderten gehört. „Das ist mein Zuhause, mein Erbe“, sagt er. Zwei Kilometer entfernt stehen Bulldozer am Rande des Geländes der East African Crude Oil Pipeline, wo TotalEnergies täglich tausende von Fässern fördern will. Das französische multinationale Unternehmen sicherte sich 12.435 Hektar Land und vertrieb 13.000 Menschen ohne deren Zustimmung⁴. Als Aktivist*innen klagten, entschied der Oberste Gerichtshof Ugandas, dass „nationale Interessen“ schwerer wiegen als die Rechte der Gemeinschaft.

Dies ist Straflosigkeit von Unternehmen in Aktion:

eine systematische Fähigkeit von Unternehmen, sich der Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung und soziale Schäden, die durch ihre Tätigkeit verursacht werden, zu entziehen. Es handelt sich um ein rechtliches, politisches und wirtschaftliches Gefüge, das Unternehmen vor Konsequenzen schützt, selbst wenn ihr Handeln zu Vertreibung, Umweltverschmutzung, Gewalt oder Tod führt.⁵

DIE GEOGRAPHIE DER UNGERECHTIGKEIT

In Pariser Vorstandsetagen treffen Führungskräfte von TotalEnergies Entscheidungen, die das Leben von Bauern 4.000 Meilen entfernt in Ugandas Buliisa-Distrikt beeinflussen. Dies ist ein Beispiel für die grausamste Mathematik der Geschichte: Diejenigen, die am wenigsten zu den Emissionen oder zu einer Krise beitragen, leiden am meisten, während die Profitierenden nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die afrikanischen Länder tragen weniger als 4 % zu den weltweiten Emissionen bei, sind jedoch mit verheerenden Klimaauswirkungen und Extraktivismus konfrontiert. Die Ressourcen Afrikas, vom Gas Mosambiks bis zum Kobalt des Kongos, finanzieren den Verbrauch in Regionen, die für die Krise verantwortlich sind. Diese „Klima-Apartheid“ sorgt dafür, dass die Gewinne in den Norden fließen, während die Verwüstung den Süden trifft.

Maria, eines der Opfer der Aufstände in Cabo Delgado, Mosambik, erinnert sich daran, als die Bulldozer in ihr Dorf kamen. Ihr Küstendorf, in dem ihre Familie seit Generationen lebte, war für das 20 Milliarden Dollar teure Gasprojekt von TotalEnergies vorgesehen. Zur gleichen Zeit brach in der Region ein Aufstand aus. „Die Angreifer zwangen uns und die anderen Dorfbewohner*innen, dabei zuzusehen, wie sie Menschen enthäupteten“, sagt Maria.⁶ Die Tragödie der Region geht noch tiefer - seit 2017 hat ein Aufstand Tausende getötet und fast eine Million Menschen vertrieben. Joaquima, eine andere Betroffene der Aufstände, erzählt: „Sie haben alle Männer auf den Feldern getötet. Sie warfen den Kopf meines Bruders auf den Schoß seiner Frau, während seine Töchter zusahen.“ Der Zeitpunkt fällt mit der Rohstoffgewinnung zusammen, ein Muster, das sich weltweit dort wiederholt, wo transnationale Konzerne des globalen Nordens tätig sind.⁷

9



DIE ARCHITEKTUR DER ZERSTÖRUNG

Das Unternehmensrecht hat sich nicht entwickelt, es wurde gemacht. Der Fall Santa Clara County vs. Southern Pacific Railroad aus dem Jahr 1886 war ein Steuerstreit, aber sein Vermächtnis ist die Verschiebung der Machtverhältnisse. Ohne große Überlegungen wurden Unternehmen die Rechte von Personen zugestanden, während sie gleichzeitig von den moralischen Verpflichtungen befreit sind, die menschliches Verhalten einschränken. Wie Rechtsgelehrte später feststellten, war dies die Geburtsstunde einer neuen Spezies: Die „juristische Person“, die eine Opferrolle annehmen kann, aber niemals selbst ins Fadenkreuz der Justiz gerät. Dies gelingt, indem Unternehmen eine Struktur schaffen, die Jurist*innen als „russische Puppe“ (oder Matrjoschka-Prinzip) bezeichnen und die ausdrücklich darauf abzielt, Haftung in unauffindbare Fragmente zu zersplittern.

10



Luka Tomac/Friends of the Earth International, CC BY-SA 2.0, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kegbara_-_dere_community_oil_spill,_Ogoniland,_Nigeria_%2822707273700%29.jpg

Zwei Beispiele hierfür finden sich im Nigerdelta und in der Demokratischen Republik Kongo. Im Nigerdelta ist Shell Nigeria (SPDC) über eine Unternehmenskooperation mit der Nigerian National Petroleum Corporation tätig, während die Muttergesellschaft Royal Dutch Shell operative Distanz beansprucht. Als die Bodo-Gemeinde eine Entschädigung für 600.000 ausgelaufene Barrel Rohöl verlangte, die 2008-2009 ihre Fischgründe zerstörten, stießen sie auf ein juristisches Labyrinth: Welche Shell-Einheit war verantwortlich? Die nigerianische Tochtergesellschaft, die keine Vermögenswerte besitzt? Die niederländische Muttergesellschaft, die „keine direkten Aktivitäten“ hat? Das Joint Venture, das technisch gesehen als juristische Person gar nicht existiert?^{8,9,10,11}

Die Antwort kam 2015: Nach einem siebenjährigen Rechtsstreit zahlte Shell 55 Millionen Pfund, etwa 92 Pfund pro ausge-

laufenem Barrel, während es auf dem Markt etwa 65 Pfund pro Barrel verlangt.¹² Die beträchtlichen ökologischen und sozialen Schäden wurden also nicht einmal geringfügig ausgeglichen.

Das Spiel ist in den letzten Jahrzehnten noch raffinierter geworden. Moderne Handelsabkommen wie der Vertrag über die Energiecharta haben den Begriff des Rechts auf den Kopf gestellt und ermöglichen es Unternehmen, ganze Nationen auf „entgangene künftige Gewinne“ zu verklagen, wenn Umweltgesetze es wagen, die Förderung zu behindern. Als Ecuador versuchte, die biologische Vielfalt des Yasuní-Nationalparks durch ein Verbot von Ölbohrungen zu erhalten, wandte der Energiekonzern Chevron Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen an. Letztendlich kassierte Chevron 96 Millionen Dollar als Entschädigung von der ecuadorianischen Bevölkerung.

¹¹

Die Klimakatastrophe wurde durch bewusste Entscheidungen herbeigeführt. Denn die Geschichte des Klimawandels beginnt nicht mit Warnungen von Aktivist*innen oder einem wissenschaftlichen Konsens, sondern 1977 in den glänzenden Büros von ExxonMobil. Dort erstellten Wissenschaftler*innen des Unternehmens Berichte, die die globale Erwärmung mit einer Genauigkeit vorhersagten, die heutige Modellierer*innen neidisch machen würde.¹³ Interne Dokumente, die mit Firmensiegeln versehen waren, sprachen sachlich über den „Treibhauseffekt“ und seine unvermeidlichen Folgen. Die Wissenschaft war klar, die Vorhersagen präzise ... und die Auswirkungen erschreckend. Doch Ende der 1980er Jahre waren dieselben Firmenkorridore zur Kommandozentrale für etwas geworden, das weitaus unheimlicher war als Fahrlässigkeit: eine kalkulierte Kampagne der Desinformation. Exxon begann, klimaleugnende Denkfabriken zu finanzieren und wissenschaftliche Gewissheit systematisch in öffentliche Zweifel zu überführen.^{14,15,16}



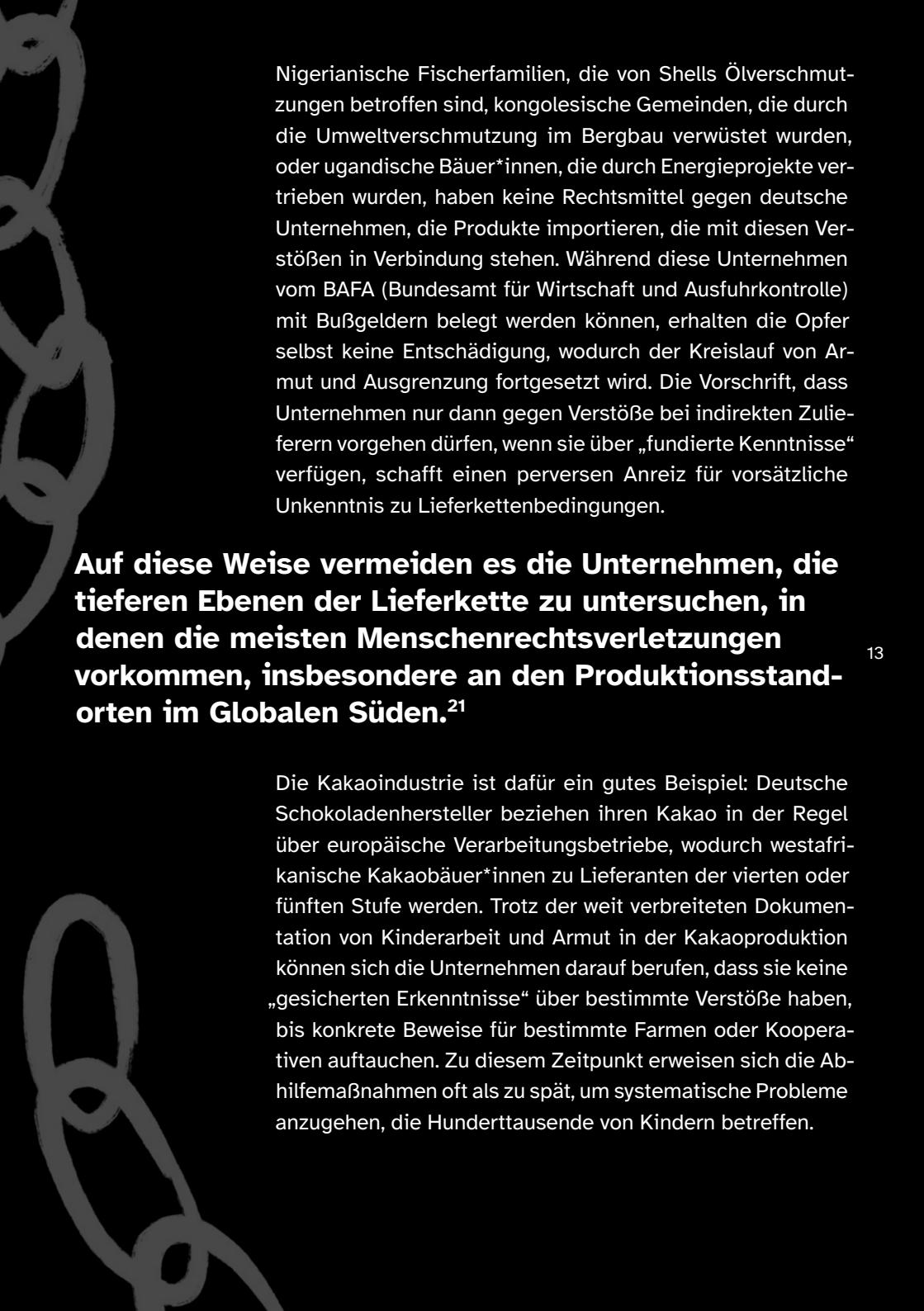
DEUTSCHLANDS HALBHERZIGE VERSUCHE, DIE MENSCHENRECHTE ZU GEWÄHRLEISTEN

Deutschland stellt sich selbst als Vorreiter beim Klimaschutz dar, während seine Konzerne im gesamten Globalen Süden ungestraft agieren. Dieselben Unternehmensdynastien, die ihr Vermögen mit der Ausbeutung von Bodenschätzen gemacht haben, verpacken ihre Aktivitäten nun in der Sprache der Nachhaltigkeit, während sie die gleichen Ausbeutungsmuster beibehalten.

12

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) ist ein Beispiel für das „Rechenschaftspflichttheater“.^{17,18} Es ist das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen um eine stärkere Rechenschaftspflicht von Unternehmen nach zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Vorfällen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltkatastrophen in globalen Lieferketten.¹⁹ Obwohl es sich beeindruckend anhört, gilt es ab 2024 nur für etwa 3.000 Unternehmen im Vergleich zu den mehr als 3 Millionen Unternehmen des Landes. Da eine direkte zivilrechtliche Haftung für Verstöße gegen die Sorgfaltspflichten des Gesetzes ausgeschlossen ist, können Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen keine Entschädigung von deutschen Unternehmen nach dem LkSG verlangen, unabhängig von der Schwere des erlittenen Schadens oder der Nachlässigkeit des Unternehmens bei der Vermeidung von Verstößen.²⁰





Nigerianische Fischerfamilien, die von Shells Ölverschmutzungen betroffen sind, kongolesische Gemeinden, die durch die Umweltverschmutzung im Bergbau verwüstet wurden, oder ugandische Bäuer*innen, die durch Energieprojekte vertrieben wurden, haben keine Rechtsmittel gegen deutsche Unternehmen, die Produkte importieren, die mit diesen Verstößen in Verbindung stehen. Während diese Unternehmen vom BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) mit Bußgeldern belegt werden können, erhalten die Opfer selbst keine Entschädigung, wodurch der Kreislauf von Armut und Ausgrenzung fortgesetzt wird. Die Vorschrift, dass Unternehmen nur dann gegen Verstöße bei indirekten Zulieferern vorgehen dürfen, wenn sie über „fundierte Kenntnisse“ verfügen, schafft einen perversen Anreiz für vorsätzliche Unkenntnis zu Lieferkettenbedingungen.

Auf diese Weise vermeiden es die Unternehmen, die tieferen Ebenen der Lieferkette zu untersuchen, in denen die meisten Menschenrechtsverletzungen vorkommen, insbesondere an den Produktionsstandorten im Globalen Süden.²¹

13

Die Kakaoindustrie ist dafür ein gutes Beispiel: Deutsche Schokoladenhersteller beziehen ihren Kakao in der Regel über europäische Verarbeitungsbetriebe, wodurch westafrikanische Kakaobäuer*innen zu Lieferanten der vierten oder fünften Stufe werden. Trotz der weit verbreiteten Dokumentation von Kinderarbeit und Armut in der Kakaoproduktion können sich die Unternehmen darauf berufen, dass sie keine „gesicherten Erkenntnisse“ über bestimmte Verstöße haben, bis konkrete Beweise für bestimmte Farmen oder Kooperativen auftauchen. Zu diesem Zeitpunkt erweisen sich die Abhilfemaßnahmen oft als zu spät, um systematische Probleme anzugehen, die Hunderttausende von Kindern betreffen.

Die Tatsache, dass das LkSG **eher auf Bußgelder als auf strafrechtliche Haftung setzt**, schafft eine weitere erhebliche Lücke in der Rechenschaftspflicht, die sich besonders auf die Opfer im Globalen Süden auswirkt. Zwar können Unternehmen mit Bußgeldern von bis zu 8 Millionen Euro oder 2 % des weltweiten Umsatzes belegt werden, doch werden diese Strafen als Geschäftskosten und nicht als Abschreckung für schädliches Verhalten berechnet. Das **Fehlen einer strafrechtlichen Haftung** bedeutet, dass Führungskräfte von Unternehmen, die wissentlich Menschenrechtsverletzungen ermöglichen, nach dem LkSG keine persönlichen rechtlichen Konsequenzen tragen müssen. Die **Beschränkung des Umweltschutzes** auf Situationen, in denen Umweltschäden direkt zu Menschenrechtsverletzungen führen, schafft eine grundlegende Lücke, von der die Gemeinschaften des Globalen Südens unverhältnismäßig stark betroffen sind.²² Diese Einschränkung spiegelt eine Schutzhierarchie wider, die bestimmten Formen von Schäden Vorrang vor anderen einräumt und damit Umweltrassismus institutionalisiert.

14

Die Katastrophe in der Catoca-Diamantmine in Angola veranschaulicht, wie dieses Schlupfloch in der Praxis funktioniert. Der Dammbruch vergiftete die Flusssysteme und betraf über eine Million Menschen im gesamten Kongobecken, zerstörte die Fischereiwirtschaft und verseuchte die Wasservorräte für Generationen.^{23,24}

Die deutschen Diamantenimporteure könnten jedoch möglicherweise argumentieren, dass sie in Bezug auf diese Umweltzerstörung keine LkSG-Verpflichtungen haben, es sei denn, sie können direkte Menschenrechtsverletzungen infolge der Verseuchung nachweisen.

Darüber hinaus stellt die **Aussetzung und geplante Abschaffung** der LkSG-Berichtspflicht durch die deutsche Regierung eine erhebliche Einschränkung der Transparenz dar, von der insbesondere die Gemeinschaften des Globalen Südens betroffen sind, die für die Überwachung des Unternehmensverhaltens auf die Offenlegung der Daten angewiesen sind.²⁵ Die Meldepflicht war einer der wenigen Mechanismen, die es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglichten, die Aktivitäten von Unternehmen zur Einhaltung von Vorschriften zu verfolgen und mögliche Verstöße zu ermitteln.

Die Catoca-Diamantmine in Angola
Gsmart-ao, CC BY-SA 4.0
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mina_Dia_012_c%C3%B3B3pia.jpg



EIN WEG NACH VORN - DER KAMPF FÜR GERECHTIGKEIT



Im Folgenden führen wir auf was geschehen muss, um diese ungerechten Zustände zu verändern, die Straflosigkeit von Unternehmen zu beenden und eine gerechte und nachhaltige Zukunft zu schaffen.

Die Regierungen müssen:

- Ein verbindliches UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte mit einem internationalen Gerichtshof für Unternehmensverbrechen umsetzen. Dieser soll Rechtsprechungslücken schließen, die bisher von Unternehmen ausgenutzt werden können.
- einen internationalen Gerichtshof für Unternehmensverantwortung einrichten.
- Die Beweislast umkehren: Gesetze ändern, sodass die verpflichtende Sorgfaltspflicht die gesamte Wertschöpfungskette abdeckt - ohne Ausnahmen für den Finanzsektor.
- Rückwirkend Kohlenstoffsteuern für historische Emittenten einführen, deren Einnahmen in einen Fonds für Verluste und Schäden fließen, der von den betroffenen Gemeinschaften verwaltet wird.
- Jede neu geförderte Tonne fossiler Energien besteuern und zur Finanzierung der Wiederherstellung von Gemeinschaften nutzen.
- Subventionen für fossile Brennstoffe in Höhe von 5 Billionen Dollar sofort beenden
- Unternehmen dazu zwingen, dem Gemeinwohl und nicht dem Profit zu dienen.
- „Unternehmensstrafen“ für wiederholte Verstöße einführen.
- Banken und Investoren dazu zwingen, verbindliche ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance)-Kriterien zu übernehmen.
- Umstellen von einem Wachstum, das endlosen Abbau erfordert, auf eine Kreislaufwirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen.

Deutschland im Besonderen:

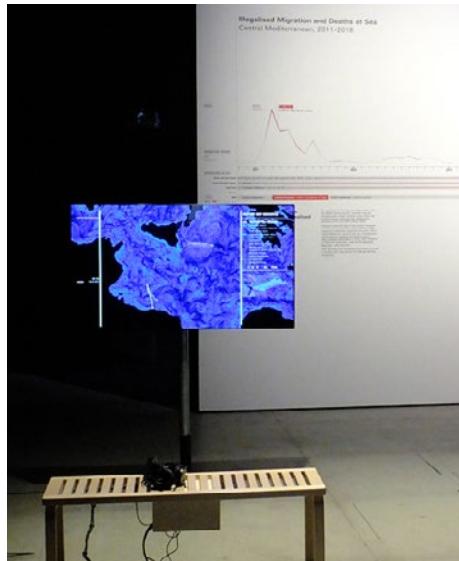
- Vollständige Wiedergutmachung des Völkermords in Namibia, einschließlich Landrückgabe.
- Verpflichtende koloniale Audits für Unternehmen, die historische Gewinne mit aktuellen Verpflichtungen verknüpfen.
- Änderung des Lieferkettengesetzes mit Haftstrafen und vollständiger Deckung.
- Betroffenen Gemeinden direkten Zugang zu Gerichten mit staatlicher Unterstützung gewähren.

Aktivist*innen müssen:

- Widerstand im Zentrum des Geschehens aufbauen - ihre Stimmen müssen den Rahmen für die Rechenschaftspflicht vorgeben.
- Dokumentationsteams einsetzen, die Unternehmensverbrechen in Echtzeit erfassen.
- durch Desinvestitionskampagnen, strategische Rechtsstreitigkeiten und die Aufdeckung von Greenwashing gleichzeitig die finanziellen, rechtlichen und PR-Säulen der Unternehmen attackieren
- Strategische Prozesskaskaden nutzen - wenn Shell gleichzeitig in den Niederlanden, Nigeria und den USA mit Klimafällen konfrontiert ist, kann das Unternehmen sich nicht auf ein Forum beschränken.
- Direkte Aktionen nutzen, von Pipeline-Blockaden bis hin zu Besetzungen von Firmensitzen, die betroffene Gemeinschaften in die Büros des Unternehmens bringen.
- Arbeitnehmer*innen unterstützen, die ihre Unternehmen übernehmen und so die Macht der Unternehmen demokratisieren.
- Alternativen schaffen, die beweisen, dass kapitalistische Organisationsmodelle für Entwicklung nicht notwendig sind.

WERKZEUGE DER ZIVILGESELLSCHAFT

18



FORSCHUNG erbringt Beweise für Rechtsfälle. Forensische Untersuchungen der Lieferketten verfolgen Produkte bis zu den Abbaustätten zurück. Finanzielle Kartierung deckt Geldflüsse von Verbraucher*innen über Unternehmen zu Steuerparadiesen auf. Die Analyse von Unternehmensnetzwerken deckt Komplizenschaftsallianzen auf, die einer genauen Prüfung unterzogen werden können.

DIREKTE AKTIONEN können den Schmerz von betroffenen Gemeinschaften unmittelbar erfahrbar machen. Wenn Mütter von vergifteten Kindern die Lobby von Rio Tinto besetzen, können sich die Führungskräfte nicht hinter Abstraktionen verstecken. Strategische Blockaden ermöglichen es, physisch die Zerstörung von sozialen und ökologischen Ressourcen zu verhindern. Die Unterbrechung von Greenwashing-Veranstaltungen durch Zeugenaussagen der Bevölkerung zerstört die Fassade der Seriosität.



19

JURISTISCHE KRIEGSFÜHRUNG reicht koordinierte Klagen ein, die auf verschiedene Unternehmensaspekte in verschiedenen Gerichtsbarkeiten abzielen. Entwürfe von politischen Maßnahmen können Politiker*innen fertige Lösungsvorschläge an die Hand geben und beseitigen die Ausreden der „Komplexität“. Kommunikationstrainings schulen betroffene Gemeinschaften in der eigenständigen Medienproduktion - die Wirkung persönlicher Geschichten übertrifft jeden NGO-Bericht.

Alexander Luna, CC BY-SA 4.0

www.upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c7/Sa%20%20BAL_Luciano_Lliuya_en_Essen%2C_2016.jpg

WIRTSCHAFTLICHER DRUCK wird durch anhaltende **BOYKOTTE** aufgebaut, die Konsumententscheidungen medienwirksam mit der Gewalt der Unternehmen verbinden. **AKTIONÄRSAKTIVISMUS** kann durch Aktienbesitz Zugang zu Jahresversammlungen erhalten und diese stören. **DIVESTMENT-KASKADEN** führen zu Domino-Effekten - wenn Universitäten, Pensionskassen und Versicherungen sich alle von ihren Anteilen trennen, bricht das finanzielle Fundament zusammen.

Global Alliance for Tax Justice, CC BY-NC 2.0
www.flickr.com/photos/global_alliance_for_tax_justice/

DIE FEHLENDE INSTITUTION:

EIN UN-GERICHTSHOF FÜR WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

Bestehende Mechanismen zur Rechenschaftspflicht haben versagt. Ein UN-Gerichtshof für Wirtschaft und Menschenrechte könnte eine verbindliche Rechtsprechung mit durchsetzbaren Rechtsbehelfen ermöglichen:



DIREKTE GERICHTSBARKEIT FÜR UNTERNEHMEN:

Unternehmen direkt anklagen. Wenn die ugandische Regierung TotalEnergies dabei hilft, die Erdölgesetze zu schwächen, brauchen die Gemeinden Rechtsmittel jenseits von voreingenommenen nationalen Gerichten.

20



EINHEITLICHE STANDARDS:

Anwendung einheitlicher Menschenrechtsstandards. Unternehmensverhalten, das vor mosambikanischen Gerichten nur minimale Konsequenzen nach sich zieht, könnte auf internationaler Ebene rigoros verfolgt werden.



WIRKSAME REchtsBEHelfe:

Auflösung von Unternehmen bei Wiederholungstäter, Einziehung von Vermögenswerten zur Wiederherstellung des Ökosystems und verbindliche Entschädigung. Die derzeitigen Mechanismen führen zu unverbindlichen Empfehlungen, die von den Unternehmen ignoriert werden.



VORBEUGENDE RECHTSPRECHUNG:

Erlass von einstweiligen Verfügungen, um irreversible Schäden zu verhindern. Der Bau der ostafrikanischen Rohölpipeline könnte beispielsweise gestoppt werden, bis die Auflagen erfüllt sind, anstatt die Arbeiten fortzusetzen, während die Rechtsmittel verjähren.

VOM SHAREHOLDER ZUM STAKEHOLDER VALUE: DEMOKRATISIERUNG DER UNTERNEHMENSMACHT

Die Straffreiheit von Unternehmen beruht auf einer juristischen Fiktion, keinem Naturgesetz: Es wird behauptet, dass Unternehmen nur dazu da sind, die Rendite ihrer Aktionär*innen zu maximieren, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen auf Arbeitnehmer*innen, Gemeinden oder Ökosysteme. Dieser „Vorrang der Aktionär*innen“ ist keine alte Weisheit, sondern wurde von Milton Friedman in den 1970er Jahren erfunden. In seinem Artikel mit dem Titel „The Social Responsibility of Business Is to Increase Its Profits“, der am 13. September 1970 im New York Times Magazine veröffentlicht wurde, stellte er das Grundprinzip auf, dass „es eine und nur eine soziale Verantwortung der Wirtschaft gibt: ihre Ressourcen zu nutzen und sich an Aktivitäten zu beteiligen, die darauf ausgerichtet sind, ihre Gewinne zu steigern“²⁶. Vor Friedman waren Unternehmen verpflichtet, „dem öffentlichen Wohl“ zu dienen, und konnten bei Verstößen aufgelöst werden.

DIE BEENDIGUNG DER STRAFLOSIGKEIT BEDEUTET, DASS DIE STAKEHOLDER-GOVERNANCE ALLE BETROFFENEN ALS LÉGITIME TEILNEHMER*INNEN ANERKENNT.

Wenn Shell in Nigeria tätig ist, werden die Gemeinden zu Interessengruppen, deren Stimmen gehört werden müssen. Wenn TotalEnergies in Mosambik Öl abbaut, werden Familien zu Beteiligten, deren Zustimmung nicht umgangen werden kann.

Dies ist keine CSR-Schönfärberei, sondern eine grundlegende Umstrukturierung. Die Gemeinden brauchen Sitze im Vorstand, keine Konsultationstreffen. Die Arbeitnehmer*innen brauchen Eigentumsanteile und nicht nur Arbeitsverträge. Die Auswirkungen auf die Umwelt müssen von denjenigen bewertet werden, die unter ihnen leiden, und nicht von den Wissenschaftler*innen der Unternehmen, die sie kleinreden.

Indigene Governance-Systeme schließen automatisch die Betroffenen ein. Die Haudenosaunee sehen sich selbst sieben Generationen voraus. Die Ubuntu-Philosophie erkennt an, dass das Wohlergehen des Einzelnen vom Wohlergehen der Gemeinschaft und der Umwelt abhängt. Dies sind keine altrömodischen Traditionen, sondern hochentwickelte Techniken, die von Unternehmen übernommen werden könnten.



von freiwilligen zu verbindlichen verpflichtungen

Der größte Sieg der Straffreiheit für Unternehmen bestand darin, alle davon zu überzeugen, dass die Einhaltung der Vorschriften freiwillig bleiben sollte.

Stellen Sie sich vor, Mord wird durch freiwillige Richtlinien geregelt. Stellen Sie sich vor, Diebstahl würde durch Unternehmensverpflichtungen geregelt. Keine Gesellschaft würde dies für Verbrechen gegen Einzelpersonen akzeptieren, aber wir akzeptieren es für Verbrechen gegen Gemeinschaften.

22

Verbindliche Verpflichtungen müssen eine strafrechtliche Haftung beinhalten. Als die Führungskräfte von Shell der Vergiftung der Länder und Gewässer nigerianischer Gemeinden zustimmten, begingen sie Verbrechen, die der Vergiftung von Stadtvierteln gleichkamen. Unternehmensverbrechen sollten mit Strafen belegt werden, die der Größenordnung angemessen sind - Führungskräfte, die die Lebensgrundlagen von Tausenden von Menschen vergiften, sollten mit schwereren Konsequenzen rechnen müssen als Einzelpersonen, die nur eine Person vergiften.

Die finanziellen Strafen müssen die Gewinne aus den schädlichen Aktivitäten übersteigen. BP zahlte 20 Milliarden Dollar für Deepwater Horizon, verdiente diese Summe jedoch innerhalb von zwei Jahren zurück.²⁷ Echte Abschreckung erfordert Strafen, die das Überleben des Unternehmens bedrohen. Unternehmen, die wiederholt gegen Normen verstößen, sollten ihre Zulassung verlieren, so wie Ärzt*innen ihre Zulassung verlieren, wenn sie Patient*innen Schaden zufügen.



von der nationalen zur transnationalen Justiz

Transnationale Konzerne nutzen Rechtsprechungslücken mit Präzision aus. Sie lassen sich in Steuerparadiesen nieder, haben ihren Hauptsitz in erfassten Systemen und operieren in Ländern mit begrenzter Rechtsdurchsetzung. Die Struktur von Shell veranschaulicht dies: Die niederländische Muttergesellschaft beansprucht keine Kontrolle über nigerianische Tochtergesellschaften; Shell Nigeria beansprucht keine Verantwortung für europäische Entscheidungen. Jede Einheit verweist auf eine andere in unendlichen Verantwortungsschleifen.



Die Schaffung einer länderübergreifenden Justiz erfordert 23 eine universelle Gerichtsbarkeit für Umweltverbrechen, wie sie bereits für Kriegsverbrechen besteht. Führungskräfte von Unternehmen sollten überall strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie die Zerstörung genehmigt haben.

Spanische Gerichte, die chilenische Offiziere im Rahmen der universellen Gerichtsbarkeit strafrechtlich verfolgen, liefern das Modell: Im Oktober 1998 erließ der spanische Richter Baltasar Garzón einen internationalen Haftbefehl gegen den chilenischen Diktator Augusto Pinochet, als dieser sich in London aufhielt. Dies war das erste Mal im modernen internationalen System, dass ein amtierender oder ehemaliger Staatschef in einem fremden Land wegen internationaler Verbrechen festgenommen wurde.

Ein internationaler Gerichtshof für die Rechenschaftspflicht von Unternehmen könnte Umweltverbrechen verfolgen, die von nationalen Systemen ignoriert werden, und systematische Zerstörung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit behandeln. Der Gerichtshof braucht eine Durchsetzung, die über die individuelle Strafverfolgung hinausgeht: das weltweite Einfrieren von Vermögenswerten, die Verbannung verurteilter Unternehmen aus den Mitgliedsländern, internationale Haftbefehle, die eine persönliche Rechenschaftspflicht schaffen.

Beitrag von medico international

WER SCHADET DER HAFTET. POLLUTERS HAVE TO PAY!

So einfach und einleuchtend sich das anhört, so wenig ist das bei Klimaschäden bisher der Fall. Während weltweit die Schäden der Klimakatastrophe eskalieren, fahren die verantwortlichen Unternehmen mit ihren CO₂-intensiven Geschäftsmodellen weiterhin satte Gewinne ein.

39 pakistanische Bäuer*innen wollen das jetzt ändern und fordern anteiligen Schadensersatz von RWE und Heidelberg Materials für die ihnen während der Flutkatastrophe 2022 entstandenen Ernteschäden in Höhe von einer Million Euro.

24

Es ist eine von zwei weltweiten Klimaschadensersatzforderungen und der Beginn einer neuen Welle von Klimaklagen.



FLUTKATASTROPHE 2022 IN PAKISTAN

2022 setzten nie dagewesene Extremregenfälle ein Drittel Pakistans für Monate fast vollständig unter Wasser. Eine Fläche, die zwei Dritteln von Deutschland entspricht. Die Weltbank beziffert die Schäden auf mindestens 30 Milliarden US-Dollar. Zerstört wurden nicht nur Häuser, Straßen und Schulen. Etwa 1700 Menschen kamen ums Leben. 33 Millionen Menschen wurden vertrieben und durch die Verseuchung von Grundwasser und Böden ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Die Wassermassen ruinierten die Ernten von mehr als einem Jahr. Vieh, das nicht in den Fluten starb, verendete vielfach durch den anschließenden Mangel an Nahrung und sauberem Trinkwasser. In einer Region, die hauptsächlich von der Landwirtschaft lebt, bedeutet dies den Verlust der gesamten Lebensgrundlage inklusive dem Geld, um Kinder zur Schule zu schicken und Hochzeiten oder Feiern zu finanzieren. Missernten haben die Bäuer*innen in Schulden gestürzt. Die Zahl der Menschen unterhalb der Armutsgrenze in Pakistan ist von 55 Millionen auf 95 Millionen gestiegen.

Die Bevölkerung Pakistans zahlt einen hohen Preis und vor allem eine Rechnung, die sie nicht verursacht haben: Obwohl das Land historisch gesehen weniger als 1 % zu den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen hat, gehört es doch zu den am stärksten von extremen Wetterereignissen betroffen Regionen weltweit. Katastrophen wie Extremhitze, Dürren und Überschwemmungen prägen schon jetzt einen neuen Normalzustand. In Pakistan sind die zerstörerischen Auswirkungen der Klimakrise keine ferne Zukunftsgefahr, sondern gegenwärtige Realität, die die dringende Notwendigkeit einer finanziellen Entschädigung für die bereits entstandenen Schäden deutlich macht.

BETROFFENE ORGANISIEREN SICH

Um dies zu erreichen, haben sich Tausende Menschen in Klimagerechtigkeitskomitees organisiert. Aus ihren Reihen fordern nun 39 Bäuer*innen Entschädigungen. Sie stammen aus den Regionen Dadu, Larkana und Jacobabad der Provinz Sindh und machen die Verursacher der Klimakrise verantwortlich. Unterstützt

werden sie dabei von medico international, dem ECCHR und den pakistanischen Organisationen HANDS Welfare Foundation und NTUF.

Ihre Forderung richten sie an RWE, einen der größten Stromerzeuger Europas, und Heidelberg Materials, einen der weltweit größten Zementhersteller.

RWE UND HEIDELBERGER ZEMENT

Diese Unternehmen sind nicht nur Branchenführer, sondern auch führend bei den Treibhausgasemissionen. Sie sind Teil der Gruppe der sogenannten weltweiten Großemittenten. Die von ihnen ausgestoßenen Treibhausgasemissionen sind signifikant und erheblich. Seit 1965 hat RWE mindestens 0,68 Prozent und Heidelberg Materials mindestens 0,12 Prozent zu den globalen industriellen Treibhausgasemissionen beigetragen.

Seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert stehen beide Unternehmen für ein Wirtschaftsmodell, das rücksichtslos Profite

durch die Auslagerung sozialer und ökologischer Kosten generiert. Obwohl der Zusammenhang zwischen ihren Geschäftsaktivitäten und der globalen Zerstörung von Lebensgrundlagen seit über sechs Jahrzehnten nachgewiesen ist, haben RWE und Heidelberg Materials ihre Produktionspraktiken fortgesetzt und sogar Jahrzehntelang versucht, die vom Gesetzgeber eingeführten verbindlichen Klimaschutzvorschriften zu schwächen.



Beitrag von medico international
WER SCHADET DER HAFTET. POLLUTERS HAVE TO PAY!

DIE KLAQE

Die grundsätzliche Möglichkeit der Haftung von Unternehmen für klimabedingte Schäden im Ausland hatte im Mai 2025 bereits der peruanische Bergbauer Luciano Lluya im Verfahren gegen RWE vor dem OLG Hamm erstritten. Die pakistanischen Bäuer*innen gehen nun einen Schritt weiter. Ihre Forderung stützt sich auf einen allgemein anerkannten Grundsatz des Zivilrechts: §823 BGB: Der Verursacher einer schädigenden Handlung muss den entstandenen Schaden ersetzen. Auf Klimaschäden in Pakistan angewendet bedeutet dies, dass Industrien, die die Klimakrise vorantreiben und verschärfen, einen Teil der Kosten für die daraus resultierenden Verluste und Schäden tragen müssen.

Haben die 39 Bäuer*innen aus Pakistan mit ihrer Forderung Erfolg, bedeutet das, dass die Kosten umwelt- und menschenfeindlicher Produktionsweisen nicht mehr auf Kosten der Menschen im Globalen Süden ausgelagert werden können, sondern dass sie in den Bilanzen der Unternehmen berücksichtigt werden müssen. Umweltschädliche Geschäftsmodelle würden sich dann nicht mehr lohnen.

Die 39 Bäuer*innen stehen mit ihrer Schadensersatzforderung für die Situation und Erfahrung von Millionen Betroffener in Pakistan und unzähliger Menschen weltweit, die unter den Folgen der Klimakrise leiden.

Die Klimakrise ist menschengemacht. Klimagerechtigkeit auch.

ES GEHT UM EINE GRUND-SATZENTSCHEIDUNG

Deutschland steht an einem Scheideweg, wie jede Nation, die zerstörerische Unternehmen beherbergt. Entweder kann es weiterhin eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz vorspielen und gleichzeitig die Ausbeutung von Bodenschätzen ermöglichen, oder es muss sich für echte Rechenschaftspflicht entscheiden, indem es ungerechte Rechtssysteme abbaut, seine kolonialen Kontinuitäten anerkennt und Verantwortung übernimmt.

Diese Entscheidung ist nicht abstrakt. Die Fabriken, die einst Zyklon B produzierten, stellen heute Pestizide her, die Landarbeiter*innen im globalen Süden vergiften. Unternehmen, die während des Krieges Zwangsarbeit einsetzten, profitieren heute von der Sklaverei in der Lieferkette. **Die extraktive**

²⁸ **Denkweise, die die koloniale Ausbeutung vorantrieb, treibt heute den Klimakolonialismus voran.**

Aber diese Analyse zeigt auch Möglichkeiten auf. Technische Expertise könnte der Wegbereiter für Verantwortlichkeit statt Straflosigkeit sein. Der deutsche diplomatische Einfluss könnte sich für verbindliche Verträge einsetzen, statt sie zu behindern. Deutsches Kapital könnte wiedergutmachende Gerechtigkeit statt Ausbeutung finanzieren.

DIE BRÜCKE, DIE WIR BAUEN

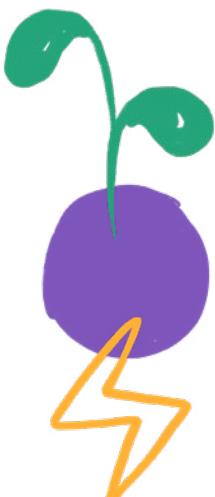
Der Weg von der Straflosigkeit der Unternehmen zur Wiedergutmachung des Klimawandels ist nicht nur theoretisch - die Gemeinschaften bauen ihn täglich durch Widerstand weiter. Das spanische Mondragón-Netzwerk umfasst über 80 Arbeitgenossenschaften, die 70.000 Menschen beschäftigen und konventionelle Unternehmen in Bezug auf Arbeitsplatzsicherheit, Einkommensgleichheit und Umweltverträglichkeit übertreffen.²⁸

Als ecuadorianische Gerichte die Rechte der Natur anerkannten, bauten sie Stützpfeiler. Als die Jugend auf der ganzen Welt sich weigerte, eine verbrannte Zukunft als Erbe zu akzeptieren, spannte sie Tragseile.

29

Diese Brücke spannt sich von der Anerkennung zur Verantwortlichkeit, von der Wiedergutmachung zur Regeneration. Jede Phase hängt von der vorhergehenden ab - wir können nicht reparieren, was wir nicht anerkennen, wir können nicht Verantwortung übernehmen und gleichzeitig leugnen, wir können nicht regenerieren, was wir weiterhin zerstören.

Die tiefgreifendste Erkenntnis der Gemeinschaften im Zentrum des Geschehens ist, dass die Beendigung der Straffreiheit von Unternehmen nicht das Ziel ist, sondern die Voraussetzung. Das Ziel ist die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den Menschen und der Erde auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und nicht von Herrschaft, von Überfluss und nicht von Knappheit, von Liebe und nicht von Ausbeutung.



EINE NEUE ZEIT BRICHT AN

Die Morgendämmerung naht, nicht durch naiven Optimismus, sondern durch organisierte Entschlossenheit. Konzernchef*innen, die friedlich schlafen und glauben, dass ihre Macht unantastbar ist, hören noch nicht die Schritte der Gerechtigkeit, die sich nähern.

Sie sehen nicht, wie Gemeinschaften Kämpfe über Kontinente hinweg miteinander verbinden. Sie spüren nicht, wie der Boden unter den Strukturen, die sie für dauerhaft hielten, ins Wanken gerät.

Ein älterer Mosambikaner, der die Bulldozer anrücken sieht,
30 steht für Millionen, deren Geduld am Ende ist. Die kongoleseischen Kinder in den Kobaltminen verkörpern Generationen, denen die Zukunft gestohlen wird. Die vergifteten Gemeinden des Nigerdeltas erinnern sich daran, wie das Leben vor der Förderung aussah.

Diese Menschen sind keine Opfer, die auf Rettung warten - sie sind Anführer*innen, die den Weg in die Zukunft weisen. Ihre Botschaft findet über Sprachen und Grenzen hinweg Anklang: „Wir weigern uns, dass unser zu Hause für eure Bequemlichkeit geopfert wird. Wir lehnen die Annahme ab, dass unsere Armut euren Reichtum subventioniert. Wir werden nicht länger akzeptieren, dass Unternehmensgewinne wichtiger sind als das Leben unserer Kinder.“



Das Feuer in ihren Augen ist nicht nur Wut - es ist Entschlossenheit, die Welt aufzubauen, die ihre Kinder verdienen. Eine Welt, in der kein Unternehmen ungestraft vergiften kann, um das Gemeinschaften sich mit Liebe kümmern. In der keine Vorstandentscheidung den demokratischen Willen außer Kraft setzen kann. In der kein Aktienkurs es rechtfertigt, die Zukunft zu stehlen.

Wie E.A.G. Robinsons bemerkte: „Der große Verdienst des kapitalistischen Systems, so wurde gesagt, besteht darin, dass es ihm gelingt, die übelsten Motive von übeln Menschen zum Nutzen der Gesellschaft einzusetzen“.²⁹ Die Zeit dieser Feststellung ist vorbei. Was an ihre Stelle tritt, hängt von den Entscheidungen ab, die heute getroffen werden - in Vorstandsetagen und auf der Straße, in Gerichtssälen und Gemeinden, in Parlamenten und bei Protesten.

31

Die Brücke von der Straffreiheit der Unternehmen hin zu Klimareparationen liegt vor uns, gebaut von unzähligen Händen, gestärkt durch Solidarität, erhellt durch Gerechtigkeit. Jeder Schritt nach vorn ist umstritten, aber die Richtung ist klar. Die einzige Frage, die bleibt, ist, wie schnell wir sie überqueren werden – in dem Wissen, dass auf der anderen Seite nicht nur das Überleben wartet, sondern ein gutes Leben für Alle.

STIMMEN, BEWEGUNGEN UND KAMPAGNEN,

STOP EACOP-KAMPAGNE, UGANDA/TANSANIA/WELTWEIT

Eine Koalition aus afrikanischen und internationalen Organisationen kämpft gegen die Pipeline von TotalEnergies. Die von betroffenen Gemeinschaften geführte Kampagne kombiniert rechtliche Anfechtungen vor französischen Gerichten, Aktionärsaktivismus, gezielte Versicherungsmaßnahmen und direkte Aktionen. Aktivisten wie Maxwell Atuhura und Nicholas Omonuk werden wegen ihres Widerstands unterdrückt, mobilisieren aber weiterhin Gemeinden und dokumentieren Verstöße.³²

MILIEUDEFENSIE (FRIENDS OF THE EARTH NIEDERLANDE) GEGEN SHELL
Mit dem Sieg vor dem niederländischen Gericht im Jahr 2021, der Shell dazu ordnete, die Emissionen bis 2030 um 45 % zu reduzieren, wurde erstmals ein Unternehmen rechtlich gezwungen, sich an die Klimawissenschaft zu halten. Obwohl Shell Berufung einlegte, schuf der Fall den entscheidenden Präzedenzfall, dass Unternehmen für Klimaschäden haftbar gemacht werden können, und inspirierte ähnliche Fälle auf der ganzen Welt.

#SHELLMUSTFALL, NIGERIA

Aufbauend auf dem jahrzehntelangen Widerstand seit der Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa kombinieren nigerianische Gemeinden Rechtsstreitigkeiten, Dokumentation und direkte Aktionen. Von Frauen geführte Besetzungen von Pipelines haben Produktionsstopps erzwungen, während jugendliche Aktivisten soziale Medien nutzen, um die lokale Umweltverschmutzung mit globalen Bewegungen für Klimagerechtigkeit zu verbinden.

LA VIA CAMPESINA

Die weltweit größte Graswurzelbewegung, die 200 Millionen Bäuer*innen vertritt, kämpft gegen die Landnahme durch Konzerne und fördert die Ernährungssouveränität. Ihre Erklärung „Rights of Peasants“ bei den Vereinten Nationen fordert die konzerngesteuerte Landwirtschaft heraus und baut agrarökologische Alternativen auf, die beweisen, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft die Welt nachhaltig ernähren kann.



...DIE VORANGEHEN

DEBT FOR CLIMATE-BEWEGUNG

Diese von Aktivist*innen aus dem Globalen Süden ins Leben gerufene Bewegung verbindet den Erlass kolonialer Schulden mit Klimareparationen. Ihr Slogan „Cancel the debt, pay the climate debt“ verlagert die Diskussionen von „Entwicklungshilfe“ zu Gerechtigkeit. Sie organisieren Streiks und Proteste während der IWF/Weltbank-Treffen.

WIDERSTAND DER FIRST NATIONS GEGEN PIPELINES, KANADA

Indigene Gemeinschaften, die Teersandpipelines blockieren, zeigen, wie traditionelle Regierungssysteme Unternehmensprojekte stoppen können. Der Widerstand der Wet'suwet'en gegen die Coastal GasLink-Pipeline zeigt indigene Souveränität in Aktion und inspiriert zu Solidaritätsblockaden weltweit.

BREAK FREE FROM PLASTIC

Diese globale Bewegung bekämpft die Quellen der Plastikverschmutzung - die fossilen Unternehmen, die Plastik herstellen. Indem sie den Plastikabfall mit der Produktion der Unternehmen in Verbindung bringt, zwingt sie Unternehmen wie Coca-Cola und Nestlé, sich für die Verschmutzung verantwortlich zu fühlen, und fördert gleichzeitig abfallfreie Alternativen.

ANTÓNIO MUAGERENE - GRÜNDER CARITAS NAPULA, MOSAMBIK

Seit 2017 gibt es in Mosambik einen bewaffneten Konflikt. Über 1,3 Millionen Menschen sind vertrieben worden. Die versprochene wirtschaftliche Entwicklung ist nicht eingetreten und die Entschädigung für die Förderung fossiler Energien war minimal, so dass viele Menschen jetzt ohne angemessene Unterkunft oder Nahrung leben. Die Ausbeutung fossiler Brennstoffe bringt keine Entwicklung - sie bringt Vertriebung, Hunger und Angst. Wir brauchen eine neue Art der Ressourcennutzung, die die Menschen schützt.

FRIDAYS FOR FUTURE

Diese von Greta Thunberg ins Leben gerufene Jugendbewegung hat den Klimadiskurs verändert, indem sie sich weigert, die Entschuldigungen der Erwachsenen für ihre Untätigkeit zu akzeptieren. Ihre Klarheit - „unser Haus steht in Flammen“ - durchbricht das Greenwashing der Unternehmen und schafft gleichzeitig eine generationenübergreifende Solidarität für systemische Veränderungen.

GLOSSAR



KOHLENSTOFF-KOLONIALISMUS

Die Praxis reicher Nationen und Unternehmen, ihre eigenen Emissionen zu Projekten im Globalen Süden auszulagern, die oft Gemeinschaften und Ökosysteme verdrängen und koloniale Ausbeutungsmuster aufrecht- erhalten.

KLIMA-APARTHEID

UN-Begriff, der eine Welt beschreibt, in der sich die Reichen vor den Auswirkungen des Klimawandels schützen, während die Armen darunter leiden, wobei das Verhalten der Unternehmen dieses getrennte Leiden

34

noch verstärkt.

STRAFLOSIGKEIT VON UNTERNEHMEN

Die Strategie von Unternehmen, sich durch rechtliche, politische und wirtschaftliche Strukturen der Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung zu entziehen.

ÖKOZID

Die vorsätzliche oder rücksichtslose Zerstörung von Ökosystemen. Aktivist*innen drängen auf seine Anerkennung als internationales Verbrechen, das wie Völkermord verfolgt werden kann.

EXTRAKTIVISMUS

Wirtschaftsmodell, das auf der Entnahme von Rohstoffen aus dem Globalen Süden für den Verbrauch im Globalen Norden basiert und die ökologischen und sozialen Kosten auf die lokalen Gemeinschaften abwälzt.

FREIE, VORHERIGE UND INFORMIERTE ZUSTIMMUNG (FPIC)

Das Recht indigener Völker, ihre Zustimmung zu Projekten zu erteilen oder zu verweigern, die ihr Territorium betreffen, das angeblich durch internationales Recht geschützt ist, aber routinemäßig verletzt wird.

GREENWASHING

Die Praxis von Unternehmen, irreführende Behauptungen über eigene Umweltmaßnahmen aufzustellen, um den Anschein von Nachhaltigkeit zu erwecken, während zerstörerische Praktiken fortgesetzt werden.

INVESTOR-STAAT-STREITBEILEGUNG (ISDS)

Mechanismen in Handelsabkommen, die es Unternehmen ermöglichen, Regierungen wegen gewinnmindernder Maßnahmen zu verklagen, und die zur Anfechtung von Umweltschutzmaßnahmen genutzt werden.



JUST TRANSITION/ GERECHTER ÜBERGANG

Der Grundsatz, dass im Übergang von fossilen zu klimaneutralen Industrien die betroffenen Arbeitnehmer*innen und Gemeinden entschädigt oder neu geschult werden müssen, um sicherzustellen, dass sie bei der notwendigen wirtschaftlichen Transformation nicht im Stich gelassen werden.

LOSS AND DAMAGES/ VERLUST UND SCHADEN

UN-Mechanismus für die Finanzierung und Kompensation von Klimaschäden, die nicht behoben werden können. Derzeit unterfinanziert und ohne Maßnahmen zur Unternehmensverantwortung.

SHELL-GAME

Bezeichnung für Unternehmensstrukturen, die absichtlich Operationen auf Tochtergesellschaften aufteilen, um die Haftung zu vermeiden; benannt nach der Praxis von Shell in Nigeria.

SACRIFICE ZONES (OPFERZONEN)

Gemeinden und Ökosysteme, die für industrielle Aktivitäten als entbehrlich eingestuft werden und in der Regel von marginalisierten Bevölkerungsgruppen ohne politische Macht bewohnt werden.

SLAPP (STRATEGIC LAWSUIT AGAINST PUBLIC PARTICIPATION)

Klagen von Unternehmen, die darauf abzielen, Kritiker*innen durch rechtliche Einschüchterung zum Schweigen zu bringen, sodass sie legitime Ansprüche nicht geltend machen können.

SORGFALTSPFLICHT IN DER LIEFER- KETTE

Anforderungen an Unternehmen zur Überwachung von Menschenrechten und Umweltauswirkungen in ihrer gesamten Geschäftstätigkeit, die jedoch oft auf direkte Zulieferer*innen beschränkt sind.

35

UNIVERSELLE JURISDIKTION

Rechtsgrundsatz, der die Verfolgung schwerer Verbrechen unabhängig vom Ort der Begehung ermöglicht und zunehmend auf Umweltverbrechen von Unternehmen angewendet wird.

CSR-SCHÖNFÄRBEREI

Diese Praxis bezieht sich auf oberflächliche oder kosmetische Aktivitäten von Unternehmen im Bereich der sozialen Verantwortung von Unternehmen (CSR), die in erster Linie dazu dienen, ihr öffentliches Image zu verbessern, ohne wesentliche Änderungen an ihren grundlegenden Geschäftspraktiken vorzunehmen oder die Ursachen für soziale und ökologische Probleme anzugehen.

ENDNOTEN

1 <https://climatechangetracker.org/nations/greenhouse-gas-emissions>

(This excludes emissions caused by goods imported to Germany.)

2 Ibid.

3 Burkett, M. (2009) Climate reparations.

Melbourne Journal of International Law, 10(2), 509–542

4 Haki Defenders Foundation & Urban Institute, University of Sheffield. (2025). “I was evicted and left homeless”: Exploring social and environmental (in)justice along the East African Crude Oil Pipeline Project. In Report. <https://www.researchgate.net/publication/390464807>

5 Simons, P., & Macklin, A. (2014). The Governance Gap: Extractive Industries, Human Rights, and the Home State Advantage (1. Aufl.). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203417256>

6 Eavis, V. (2021b, March 13). “The stories are heartbreaking.” What one reporter witnessed in Mozambique’s violence. NPR. <https://www.npr.org/2021/03/13/976651242/the-stories-are-heartbreaking-what-1-reporter-witnessed-in-mozambique-s-violence>

7 Easter, S. (2024) Years of conflict in Cabo Delgado: fueling displacement, water shortages, hunger & trauma. European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations. https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/stories/7-years-conflict-cabo-delgado-fueling-displacement-water-shortages-hunger-trauma_en

8 Odiase, S. (2024, June 24). The Bodo community versus Shell: the shifting politics of oil and the social contract in the Niger Delta. Figshare. https://sussex.figshare.com/articles/thesis/The_Bodo_community_vs_Shell_the_shifting_politics_of_oil_and_the_social_contract_in_the_Niger_Delta/26063143?file=47134054

9 Amnesty International. (2018). Negligence in the Niger Delta Decoding Shell and ENI’s poor record on oil spills.

<https://www.amnesty.ch/de/themen/wirtschaft-und-menschenrechte/fallbeispiele/nigeria/dok/2018/nigeria-fahrlaessigkeit-von-shell-eni/negligence-in-the-niger-delta.pdf>

10 Oluduro, O. F., Oluduro, O., Faculty of Law, Obafemi Awolowo University, Ile-Ife, Nigeria, & Faculty of Law, Adekunle Ajasin University, Akungba-Akoko, Nigeria. (2015). Oil Exploitation and Compliance with International Environmental Standards: The Case of Double Standards in the Niger Delta of Nigeria. In Journal of Law, Policy and Globalization: Vol. Vol.37 (pp. 67–68). <https://core.ac.uk/download/pdf/55762563.pdf>

11 LAJUC - Instituto Latino-americano para Justiça Coletiva. (2025, February 25). Nigerian Bodo Community sue Shell Petroleum Development Company of Nigeria over damages caused by oil spills - <https://ilajuc.org/en/nigerian-bodo-community-sue-shell-petroleum-development-company-of-nigeria-over-damages-caused-by-oil-spills/>

12 Business & Human Rights Resource Centre. (2015). Shell’s Nigerian subsidiary agrees £55 million settlement with the Bodo community. (n.d.). <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/shells-nigerian-subsidiary-agrees-55-million-settlement-with-the-bodo-community/>

13 Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. (2023). New study in ‘Science’ puts a number on what Exxon knew decades ago about climate change. <https://www.pik-potsdam.de/en/news/latest-news/new-study-in-science-puts-a-number-on-what-exxon-knew-decades-ago-about-climate-science#:~:text=In%20the%20first%20ever%20systematic,in%20the%20company's%20own%20documents>

- 14** Breslow, J. M. (2015). Investigation finds Exxon ignored its own early climate change warnings. FRONTLINE. <https://www.pbs.org/wgbh/frontline/article/investigation-finds-exxon-ignored-its-own-early-climate-change-warnings/>
- 15** Rannard, G. (2023). ExxonMobil: Oil giant predicted climate change in 1970s - scientists. BBC News. <https://www.bbc.com/news/science-environment-64241994>
- 16** Kusnetz, B. N. (2023). Exxon accurately predicted global warming, years before casting doubt on climate science. Inside Climate News. <https://insideclimatenews.org/news/12012023/exxon-doubt-climate-science/>
- 17** msg Rethink Compliance. (n.d.). Compliance requirements due to the German Supply Chain Due Diligence Act. Msg Rethink Compliance. <https://www.msg-compliance.de/en/blog/compliance-requirements-due-to-the-german-supply-chain-due-diligence-act>
- 18** Gottlieb, C. (2024). Supply chain due diligence obligations in Germany, France, and the EU: an overview. www.clearygottlieb.com. <https://www.clearygottlieb.com/news-and-insights/publication-listing/supply-chain-due-diligence-obligations-in-germany-france-and-the-eu-an-overview>
- 19** Rosa-Luxemburg-Stiftung. (2024). From due diligence to climate justice. <https://www.rosalux.de/en/news/id/52381/from-due-diligence-to-global-justice>
- 20** Becker, N. R. M. (2022, November 23). Supply chain liability of directors and officers. Passle. <https://riskandcompliance.freshfields.com/post/102i24f/supply-chain-liability-of-directors-and-officers>
- 21** Kraft, S. K., Quayson, M., & Kellner, F. (2024). Assessing the German Act on Corporate Due Diligence Obligations in Supply Chains: a perspective from the smallholder cocoa farmer. Frontiers in Sustainability, 5. <https://doi.org/10.3389/frsus.2024.1376619>
- 22** Becker, N. R. M. (2022). Supply chain liability of directors and officers. Passle. <https://riskandcompliance.freshfields.com/post/102i24f/supply-chain-liability-of-directors-and-officers>
- 23** Ibid.
- 24** Ashoka. (2021). An environmental 'catastrophe' in Southern Africa lingers with few answers. Mongabay Environmental News. <https://news.mongabay.com/2021/09/an-environmental-catastrophe-in-southern-africa-lingers-with-few-answers>
- 25** Chüring, T. (2025). Deregulating due diligence? Völkerrechtsblog. <https://voelkerrechtsblog.org/deregulating-due-diligence/>
- Gyuse, T. (2021). Toxic spill at Angola diamond mine pollutes Congo River tributary in DRC. Mongabay Environmental News. <https://news.mongabay.com/2021/09/toxic-spill-at-angola-diamond-mine-pollutes-congo-river-tributary-in-drc/>
- 26** Friedman, M. (1970, September 13). The social responsibility of business is to increase its profits. New York Times Magazine
- 27** Chappell, B. (2015). U.S. settles claims against BP over deepwater Horizon spill for \$20 billion. NPR. <https://www.npr.org/sections/thetwo-way/2015/10/05/445983039/u-s-resolves-claims-against-bp-over-deepwater-horizon-spill>
- 28** Voinea, 2025, Wikipedia contributors, 2025, Mondragon Corporation Facts for Kids, n.d., Reuten & University of Amsterdam, 2023, Griffin, 2024, Morlà-Folch et al., 2021, Sailors for Sustainability, 2021
- 29** Robinson, E. A. G. (1948). Monopoly. Cambridge University Press. (Original work published 1941)



ORGANISIEREN REPARIEREN TRANSFORMIEREN

„ES GEHT UM EINE GRUNDSATZENTScheidung:

Deutschland steht an einem Scheideweg, wie jede Nation, die zerstörerische Unternehmen beherbergt. Entweder kann es weiterhin eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz vorspielen und gleichzeitig die Ausbeutung von Bodenschätzen ermöglichen, oder es muss sich für echte Rechenschaftspflicht entscheiden, indem es ungerechte Rechtssysteme abbaut, seine kolonialen Kontinuitäten anerkennt und Verantwortung übernimmt.“

www.knoe.org

Gefördert durch:

Brot
für die Welt

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdiens

Umverteilen!
Stiftung für eine, solidarische Welt

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**